

TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



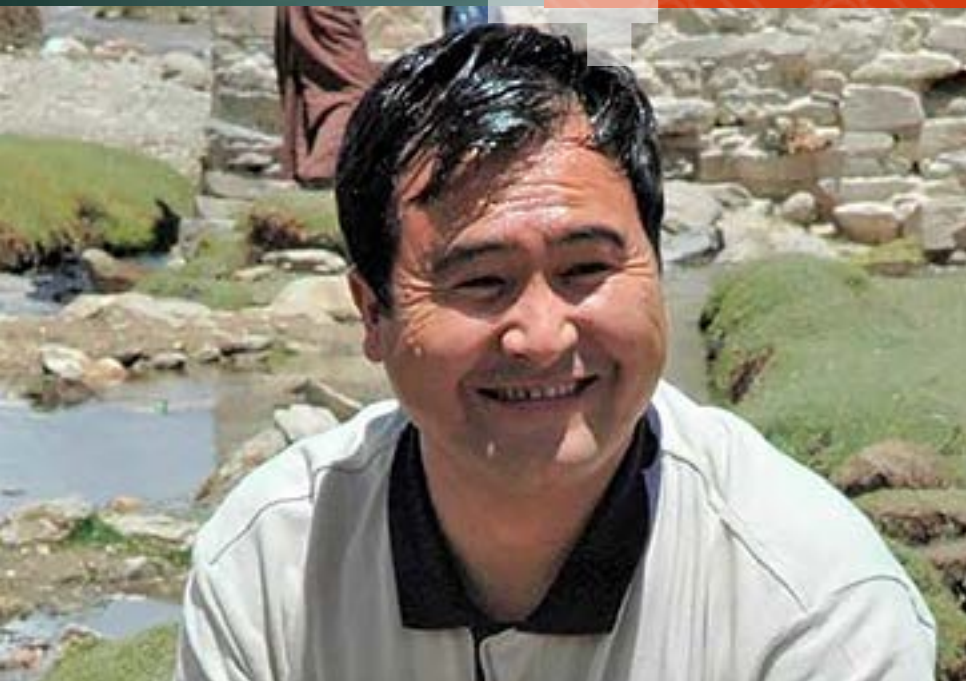
AUSGABE 1 | 2023



Achtung!
China-Strategie!

4 Einzelfall:
Dorjee Tashi

2 Tibets Kultur
in Gefahr



ACHTUNG! CHINA-STRATEGIE!

Editorial



Kai Müller,
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Offiziell wurde noch nichts veröffentlicht. Fragen der Opposition im Bundestag können nicht beantwortet werden. „Sorry, wir arbeiten noch dran!“ Gleichzeitig kursieren in den Medien geleakte Versionen der China-Strategie der Bundesregierung. Der chinesische Botschafter schmolzt, weil ironischerweise ausgerechnet er sie von „Ideologie geleitet“ sieht.

Im Nebel geleakter Arbeitspapiere ist immerhin festzuhalten, dass es zunächst positiv ist, dass es eine hoffentlich umfassende Strategie Deutschlands zur Volksrepublik China geben soll. Notwendigerweise wird diese Strategie die Aufzählung mancher konkreter Maßnahmen aussparen. Das dürfte vor allem dann gelten, wenn es um Maßnahmen der Bundesregierung geht, die Ausdruck einer „härteren Gangart“ gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas sind. Vieles wird damit von der konkreten Umsetzung der Strategie abhängen. Vom politischen Willen der Verantwortlichen in der Bundesregierung und davon, ob politisches Kapital investiert werden soll oder nicht. Etwa dann, wenn Verletzungen der Menschenrechte in Tibet oder Ost-Turkestan eine Reaktion erfordern. Zum Instrumentenkasten der Bundesregierung sollten dann

auch Sanktionen gegen Verantwortliche im Partei- und Staatsapparat Chinas zählen. Der Härtest für die China-Strategie.

Beinahe genauso wichtig ist aber die Einordnung der KP-Politik im Menschenrechtsbereich und gegenüber Tibetern, Uiguren, Mongolen oder Hongkongern. Die KP hat erfolgreich Standards verschoben. Sie hat verstanden, dass Rechtsbrüche im Menschenrechtsbereich toleriert und anderen Interessen untergeordnet werden. Trotz Autoritarismus und massiven Repressionen im Land haben deutsche Unternehmen weiter fleißig investiert. Die Menschenrechtsverletzungen an Tibetern und Uiguren sollten indes als Warnsignal verstanden werden. Die Kommunistische Partei wird sich im Zweifel auch für deutsche Wirtschaftsinteressen herzlich wenig interessieren. Dieser Realismus sollte der Umsetzung der China-Strategie zugrunde liegen.



Mehr Informationen:

ICT-Blog vom 4. November 2022:

<http://bit.ly/3ktJFXr>

UN-SOZIALPAKT: ÜBERPRÜFUNG CHINAS IM FEBRUAR

Die chinesische Regierung muss sich im Februar den Fragen unabhängiger Expertinnen und Experten des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Committee on Economic, Social and Cultural Rights, CESCR) stellen. Die International Campaign for Tibet hatte bereits im Dezember 2020 zusammen mit der Loyola School of Law einen ersten Schattenbericht zu den „List of Issues“ des Ausschusses eingereicht. Vor der im Februar öffentlich zugänglichen Verhandlung in Genf, auch über „UN Web TV“, haben ICT und die Loyola School of Law erneut einen Schattenbericht eingereicht, der auf neuere Entwicklungen in Tibet eingeht. Schwerpunkte des Schattenberichts sind die Ansiedlungspolitik in Tibet, zwangsweise Arbeitsprogramme, die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern, insbesondere die Fälle der Tibeter Anya Sengdra und Karma

Samdrup, kulturelle Rechte, insbesondere Religion und Sprache, Kinder und Bildung, insbesondere Internatschulen, die Besetzung öffentlicher Ämter sowie die Folgen der Covid-19 Politik Pekings in Tibet.



Mehr Informationen:

Schattenbericht der ICT und der Loyola School of Law:

<https://bit.ly/3IZyMXj>

List of Issues des Ausschusses und Antwort der chinesischen Regierung:

<https://bit.ly/3F8bY5k>

TIBETS KULTUR IN GEFAHR



UN-EXPERTEN SIND BESORGT ÜBER ASSIMILATIONSPOLITIK DER KP CHINAS

In einem im November 2022 an die chinesische Regierung adressierten und am 10. Januar 2023 öffentlich gewordenen Schreiben äußern vier UN-Menschenrechtsexperten ihre „ernsthafte Besorgnis“ über eine „groß angelegte Kampagne der chinesischen Behörden zur Assimilation der tibetischen Kultur und Sprache“. Weiterhin zeigen sich die UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, kulturelle Rechte, Religions- und Glaubensfreiheit und Minderheitenfragen darin besorgt über die Politik der chinesischen Regierung, die versuche, die tibetische Kultur „durch eine Reihe von Repressionsmaßnahmen gegen tibetische Bildungs-, Religions- und Sprachinstitutionen in China zu assimilieren“. Dies sei ein Verstoß gegen das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit, das Recht auf Bildung und die „kulturellen Rechte des tibetischen Volkes“.

Ebenso würden Tibeter, so die Sorge, die sich für den Erhalt der tibetischen Sprache und Bildung einsetzen, inhaftiert und gefoltert. Außerdem müssten sich Tibeter und andere ethnische Gruppen mit ihrer Sprache und Kultur der Idee eines „modernen und starken sozialistischen Staats und einer einheitlichen chinesischen Identität“ unterordnen.

Die International Campaign for Tibet (ICT) begrüßt das Schreiben der UN-Sonderberichterstatter an die chinesische Regierung. ICT sieht in der sogenannten Sinisierungspolitik der KP Chinas in Tibet einen systematischen Angriff auf die tibetische Sprache und Kultur. Einer ganzen Generation von Tibetern droht damit der Verlust ihrer kulturellen Identität und das darf die internationale Gemeinschaft aus Sicht von ICT nicht länger ignorieren. Sie sollte jetzt handeln und die chinesische Regierung dazu auffordern, diese Politik zu beenden. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, dass Regierungen und Parlamente diese systematische Menschenrechtsverletzung ebenso wie die UN-Menschenrechtsexperten mit Nachdruck thematisieren.

In ihrem Schreiben weisen die UN-Sonderberichterstatter weiter auf Berichte hin, denen zufolge alle

tibetischen Kinder im Alter zwischen sechs und 16 Jahren durch das staatliche Bildungssystem gezwungen würden, Schulen zu besuchen, an denen Mandarin-Chinesisch die Unterrichtssprache sei. Gleichzeitig würden öffentliche und private tibetische Schulen geschlossen. Darüber hinaus würden die Tibeter und andere „Minderheiten“ mit ihrer Kultur vom chinesischen Staat als „minderwertig, rückständig, modernisierungs- und wissenschaftlich fortschrittsbedürftig“ angesehen und behandelt. Entsprechend groß sei deshalb die Gefahr einer systematischen Diskriminierung von „Nicht-Han-Minderheiten“ und einer Assimilation durch die chinesische „Han-Mehrheit“.

Die „staatlich geführte systematische Kampagne zur Sinisierung des tibetischen Bildungssystems“ richte sich offenbar auch gegen den tibetischen Buddhismus und das tibetische Klostersystem, dem eine tragende Rolle bei der Förderung der tibetischen Sprache und Kultur zukomme. Ein Beispiel dafür sei unter anderem der unter Aufsicht der Polizei und des Klosterverwaltungsausschusses des Landkreises Drango erzwungene Abriss der Drango-Klosterschule im November 2021. Dabei seien zwei Wochen vor dem Abriss der Abt und der Schatzmeister des Klosters willkürlich festgenommen worden, bevor die Behörden Mönche und weitere Tibeter vor Ort dazu gezwungen hätten, sich am Abriss des Klosters zu beteiligen.

Anlass zur Sorge gebe zudem das groß angelegte Internatssystem der chinesischen Behörden für tibetische Kinder, so die UN-Menschenrechtsexperten weiter. In den Internaten müssten etwa 78 Prozent und damit fast eine Million tibetischer Kinder im Alter von sechs bis 18 Jahren getrennt von ihren Familien und fast vollständig abgeschnitten von ihrer traditionellen Kultur leben.



Mehr Informationen:

Schreiben der UN-Sonderberichterstatter an die chinesische Regierung vom 11. November 2022:

<https://bit.ly/3WbQDNX>

Bericht des Tibet Action Institute „Separated from their families, hidden from the world“ vom Dezember 2021:

<http://bit.ly/3Xxprdu>

WEITERHIN SORGE UM DORJEE TASHI



Der bekannte tibetische Geschäftsmann Dorjee Tashi wurde im Juli 2008 politisch motivierter Straftaten beschuldigt und verhaftet. 2010 wurde der seinerzeit 36-jährige Tibeter schließlich wegen angeblichen Kreditbetrugs zu lebenslanger Haft verurteilt. Erst später wurde eine detaillierte und verstörende Schilderung über Folter bekannt, die Dorjee Tashi offenbar über mehrere Wochen in Untersuchungshaft erlitten hat. Gegenwärtig verbüßt der Tibeter seine Haftstrafe im für Folter berüchtigten Drapchi-Gefängnis von Lhasa. Seiner Frau Sonam Choedon und seiner Familie wurde seit Dezember 2019 untersagt, ihn zu besuchen.

Am 19. Dezember 2022 hatte Gonpo Kyi, Dorjee Tashis ältere Schwester, friedlich vor dem Höheren Volksgericht der sogenannten

MUSTER VON FOLTER UND MISSHANDLUNG

„Autonomen Region Tibet“ in Lhasa protestiert und ein Plakat mit der Aufschrift „Dorjee Tashi ist unschuldig“ hochgehalten, bevor sie von Sicherheitskräften weggebracht wurde. Zuvor hatte Dorjee Tseten, der ältere Bruder von Dorjee Tashi, in einem offenen Brief an die chinesischen Behörden ebenfalls die Unschuld seines Bruders beteuert. Am 6. Januar 2023 bat Dorjee Tseten die chinesischen Behörden in einem Online-Video wieder um ein Besuchsrecht für die Familie, das jedoch erneut abgelehnt wurde.

Da sich Dorjee Tashi Berichten zufolge nach wie vor in einem kritischen Gesundheitszustand befindet, besteht aus Sicht der International Campaign for Tibet (ICT) weiterhin Anlass zu großer Sorge, dass er zum nächsten Opfer des Musters von Folter und Misshandlung in Tibet wird, auf das ICT immer wieder hingewiesen hat. Deshalb fordert ICT

die sofortige Freilassung von Dorjee Tashi, da seine Verurteilung offensichtlich unter Anwendung von Folter und Misshandlung erfolgt ist und sein Verfahren daher rechtsstaatlichen Mindeststandards nicht entsprechen hat. Ebenso müssen die Familie von Dorjee Tashi und sein Anwalt Zugang zu ihm erhalten und er muss dringend angemessen medizinisch versorgt werden.

Die ICT vorliegende Aussage von Dorjee Tashi war Bestandteil seines 2013/2014 gestellten und später abgelehnten Antrags auf Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens. Sie bezieht sich auf seine Untersuchungshaft im Juli 2008 vor Aufnahme des Gerichtsverfahrens und beschreibt detailliert von Dorjee Tashi erlittene Folterpraktiken, wie Schläge mit einem elektrischen Schlagstock, Aufhängen an der Decke, Simulation des Erstickens und Schlafentzug. Die Zeugenaussage wurde aus dem Chinesischen ins Englische übersetzt und ist einem ausführlichen ICT-Bericht dokumentiert. In seiner Aussage nennt Dorjee Tashi die Namen der Personen, die ihn gefoltert haben und belastet dabei besonders zwei Beamte des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit.



Mehr Informationen:

ICT-Bericht vom 16.08.2021:

<http://bit.ly/3Wqw6Yv>

Impressum TIBET³⁶⁰

Herausgeber:
International Campaign for Tibet
Deutschland e.V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

V. i. S. d. P.: Kai Müller

Stand: 19. Januar 2023

Druck: Arnold Group, Großbeeren



+++newsTICKER+++



Foto: Johannes Frandsen

EU-Ratspräsidentschaft: Schweden soll aktive Rolle bei Lösung des Tibet-Konflikts spielen:

<https://bit.ly/3XhBl69>



Foto: ICT

ICT-Interview mit dem chinesischen Dissidenten und Künstler Badiucao:

<http://bit.ly/3IU19pS>

US-Sanktionen gegen chinesische KP-Funktionäre wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen in Tibet:

<http://bit.ly/3XyyWZU>

ICT fordert echten Klima- und Artenschutz in Tibet – Tibeter müssen einbezogen werden:

<http://bit.ly/3XzL8tf>

Newsletter

Die International Campaign for Tibet versendet regelmäßig per E-Mail aktuelle Informationen über Tibet und die Arbeit der ICT.

<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>



INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET